Es geht abwärts!

Ein Gesellschaftsordnungsspiel mit demokratischen Spielregeln



Start

NDP

Sie wollen an der Versammlung einer dynamischen politischen Partei teilnehmen, haben jedoch Ihren Ariernachweis vergessen und müssen das Lokal deshalb wieder verlassen. Drei Punkte zurück.

ÖVP

Der Obmann einer Oppositionspartei kritisiert die Regierung und erklärt, daß er nach den nächsten Wahlen genau so gut regieren könne. 2 Punkte vor, 2 Punkte zurück.



Der Lebensstandard ist bereits so hoch, daß ihn sich manche kaum mehr leisten können. Spenden Sie 10 % Ihres Lohnes. Nochmals würfeln.



Ein Knacken in der Leitung verrät Ihnen, daß die Staatspolizei auf Draht ist. Seien Sie vorsichtig beim Wählen. Einmal aussetzen.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an diesem Herrn. Er muß genauso wie Sie die höheren Fleisch-, Zucker- und sonstigen Preise bezahlen, aber er meckert trotzdem nicht über die Teuerung. 5 Punkte vorrücken.

KONKURS

BANK

Das Institut, dem Sie Ihre Ersparnisse anvertraut haben, hat heute leider geschlossen. Von vorn zu sparen beginnen.



Bundesheer

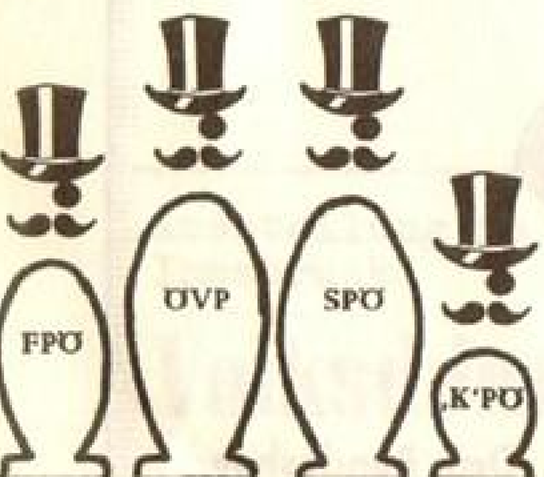
Ein netter Herr namens Wallechner versucht, aus Ihnen einen Menschen zu machen. Falls Sie die Lektion überleben sollten, dürfen Sie nach 6 Monaten wieder weiterspielen.

Sie geraten in eine Protestdemonstration und deshalb anschließend mit einigen Freunden und Helfern in einen sportlichen Wettkampf. Bis ins Ziel vorrücken.

ZIEL

MEHR LOHN!

STREIK!





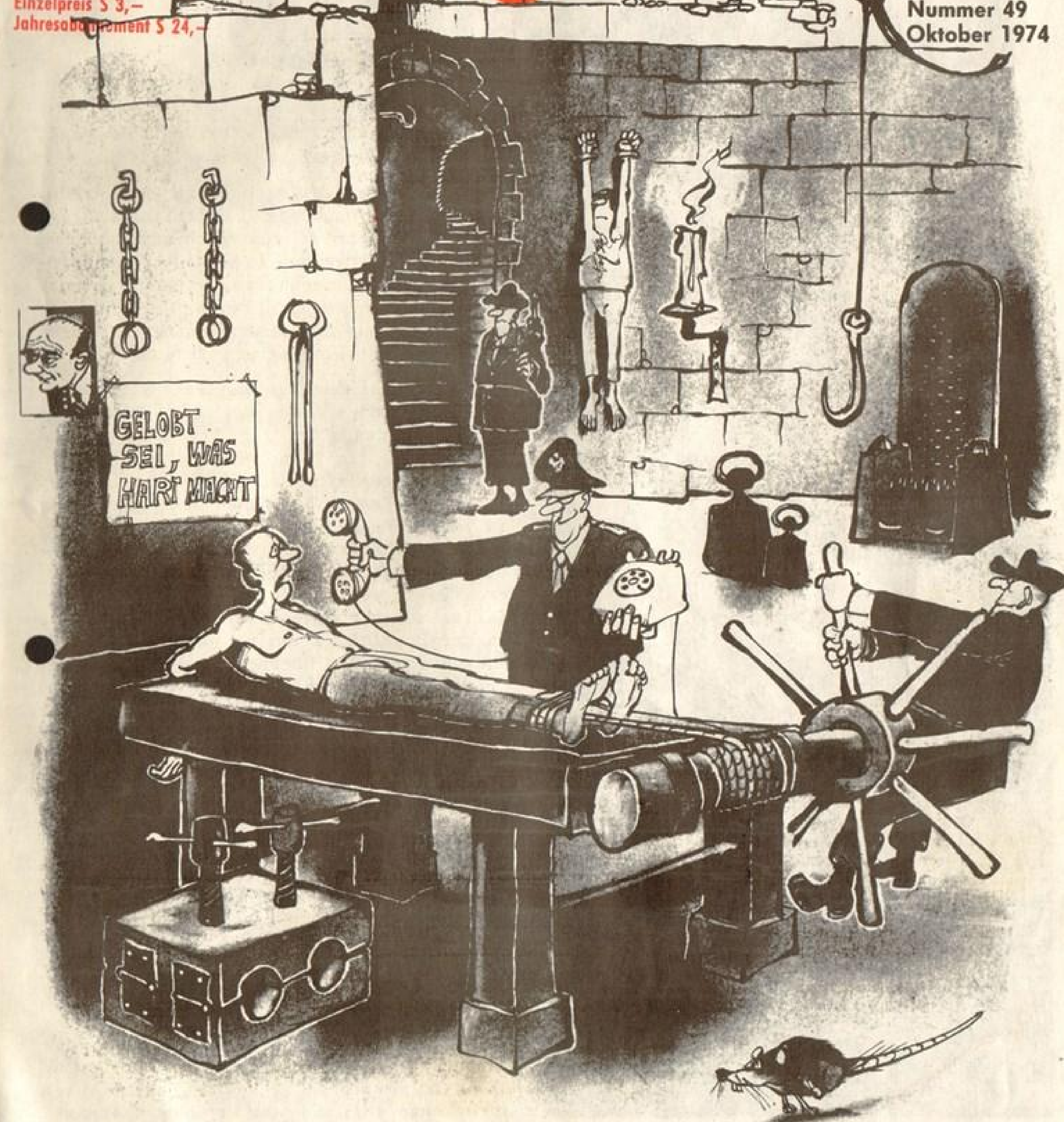
Sie haben das Ziel erreicht. Setzen Sie Ihr ganzes Vertrauen in eine staatstragende Partei, und das Spiel kann von vorn beginnen.

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML): Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

rote garde★

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nummer 49
Oktober 1974



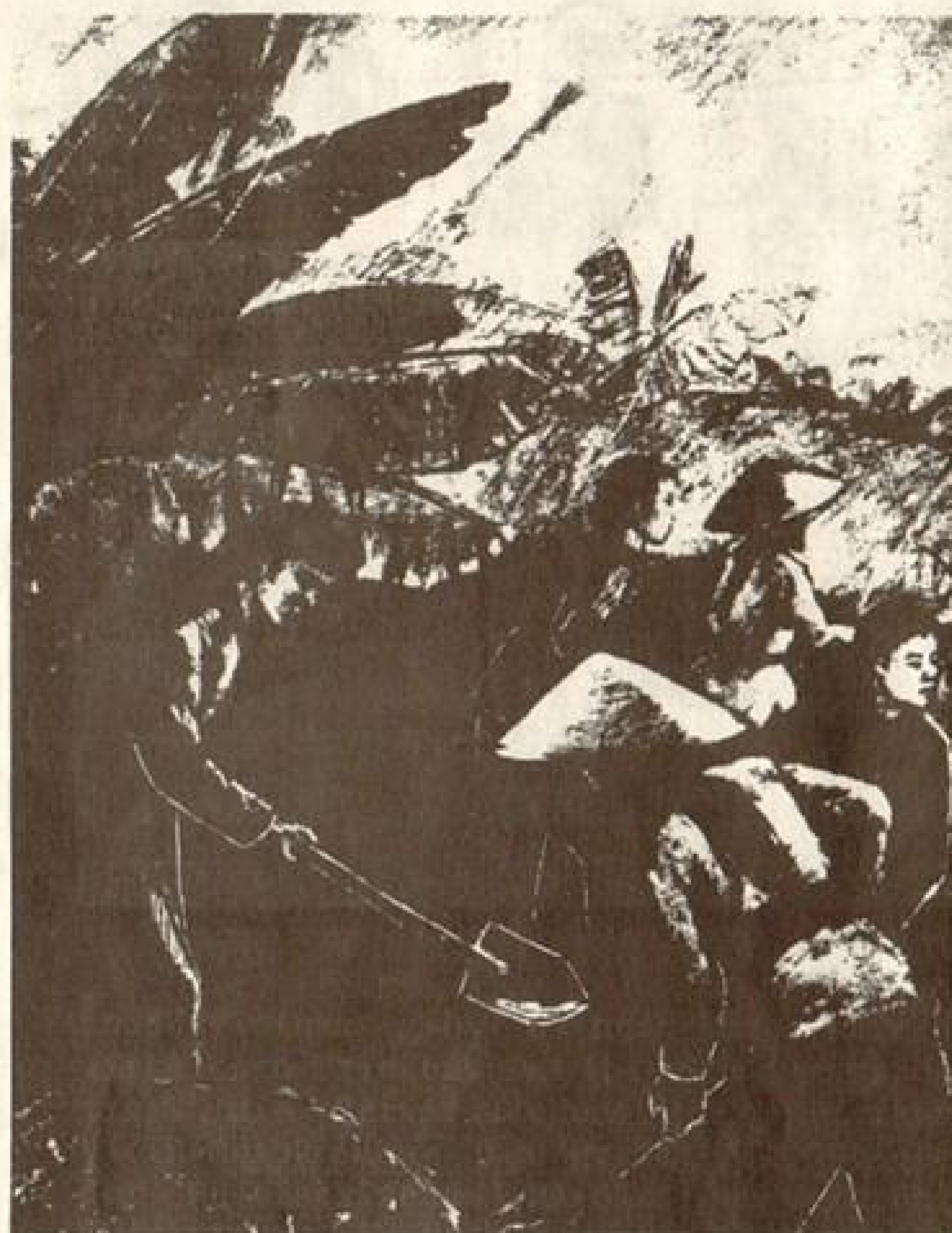
Nein, Herr Minister. Über rüde Ausbildungsmethoden beim Bundesheer kann ich wirklich nicht klagen!



Südvietnam:

Die Jugend übernimmt die Führung

In Südvietnam gibt es noch immer keinen wirklichen Frieden. Das Thieu-Regime sabotiert die Verwirklichung des Pariser Vietnam-Abkommens und greift die Gebiete der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams an. Dabei hat aber Saigon eine gewaltige Abfuhr erlitten. Allein im August verloren die Marionettentruppen bei ihren Versuchen, die befreiten Gebiete "anzuknabbern", 18.000 Soldaten. Das Thieu-Regime hat das ganze Volk Südvietnams gegen sich, und in den befreiten Gebieten sind die Massen Herren ihrer Geschicke geworden und fest entschlossen, ihre Errungenschaften zu verteidigen.



Beim Bau von Befestigungsanlagen

Um ihre Abwehrbereitschaft zu verstärken, haben die Bewohner der befreiten Gebiete hunderte Kilometer von Verbindungsgräben gegraben, Barrikaden errichtet, hunderttausende Meter Stacheldrahtverhau verlegt, Bambusspitzen eingepflanzt, Minenfelder angelegt und Schutzeinrichtungen gegen Luft- und Artillerieangriffe gebaut.

Viele Jugendliche traten der Befreiungsarmee bei und standen bei der Bekämpfung der "Befriedungs"feldzüge Thieus in vorderster Front. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind in den Provinzen My Tho, Ben Tre, Kien Tuong und Kien Phong im zentralen Nam Bo zehntausende Jugendliche zur Befreiungsarmee oder zu den Partisanen gegangen oder sie versorgen die Front. Im westlichen Nam Bo gingen ebenfalls tausende Jugendliche in die Armee. In der Provinz Kontum starteten Jugendliche nationaler Minderheiten eine Bewegung "Die Jugend übernimmt die Führung beim Schutz der befreiten Gebiete". Als Folge dieser Bewegung traten 600 junge Menschen in die Armee ein. Im befreiten Teil der Provinz Quang Tri traten nahezu alle jungen Leute, Burschen wie Mädchen, den Partisanentruppen bei. Armee und Volk in den befreiten Gebieten haben ihre Einheit verstärkt und sind entschlossen, den Schutz und die Sicherheit der befreiten Gebiete zu gewährleisten.

Mao Tsetung schrieb 1934: "Was ist denn eine wahrhaft eherne Festung? Die Volksmassen, die Millionenmassen, die ehrlich und aufrichtig die Revolution unterstützen. Das ist eine wirkliche eherne Festung, die keine Kraft zerstören kann, die absolut nicht zu zerstören ist." Das beweist sich auch heute voll und ganz im Süden Vietnams. ●

Der Lehrling — ein billiger Hilfsarbeiter

Nach den Ferien treten wieder viele junge Menschen in das Berufsleben ein. Als Lehrlinge. Man kann gar nicht sagen, daß sie kein Interesse am Beruf hätten, den sie sich ausgesucht haben. Im Gegenteil habe ich die Feststellung gemacht, daß sie lernbegierig und arbeitsfreudig sind. Aber wie ist dann die Praxis?

Im Elektro-Betrieb, in dem ich arbeite, haben wir auch Lehrlinge. Von vier Lehrjahren haben sie jetzt zwei hinter sich. Man müßte nun annehmen, daß sie gewisse Arbeiten schon selbständig durchführen können. So ist es aber nicht. Sie können z.B. von der Theorie der Schaltungen erklären, die praktische Arbeit ist ihnen jedoch weitgehend fremd. Sie hatten nämlich fast nie die Möglichkeit, bei den praktischen Arbeiten zuzusehen oder mitzutun. Und warum nicht? Hauptsächlich wurden diese Lehrlinge zum Heranschaffen der diversen Bestandteile eingesetzt, bis das Gerät fertig war. Das konnte er jetzt zwar betrachten; wie und was für Handgriffe aber dazu notwendig waren, davon hatte er keine Ahnung.

Und schön langsam wurden sie zu Hilfsarbeitern mindester Qualifikation. Die Skala ihrer Arbeiten: Werkzeugträger für den Gesellen, innerbetrieblicher Reinigungsdienst, Botengänge für den Unternehmer.

Von der Berufsschule bekommen die Lehrlinge einen Lehrplan festgesetzt. Was in diesem Plan verlangt wird zu tun, läßt sich im Betrieb größtenteils nicht realisieren. Entweder fehlen die notwendigen technischen Geräte im Betrieb oder im Betrieb werden die "Planarbeiten" gar nicht ausgeführt.

In den seltensten Fällen hat ein Lehrling das Glück, einen verständnisvollen Gesellen zu finden, der ihm etwas erklärt oder beibringt. Die festgelegten Zeiten in den einzelnen Arbeitsbereichen sind so festgelegt, daß der Geselle gar keine Zeit findet, sich mit dem Lehrling zu beschäftigen. Der Geselle muß auf seine "Norm" kommen, sonst ist es mit seinem Verdienst vorbei. Keine Zeit also für den Lehrling und auch keine Geduld. Die Arbeitshetze macht den Gesellen nervös; wenn etwas nicht klappt, ist der Lehrling das beliebteste Objekt, sich Luft zu machen. Dann regnet es Beschimpfungen. Die Folge davon: Das Verhältnis zwischen Lehrling und Gesellen wird immer schlechter. Zu guter Letzt geht jedes Interesse am Beruf und jede Lust zur Arbeit verloren. Der Lehrling pfeift darauf und gibt den Beruf auf. Verlorene Jahre für einen jungen





Drucksache

An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)
Postfach 3
1205 Wien



Unser Lokal: Wien 20, Universumstraße 40

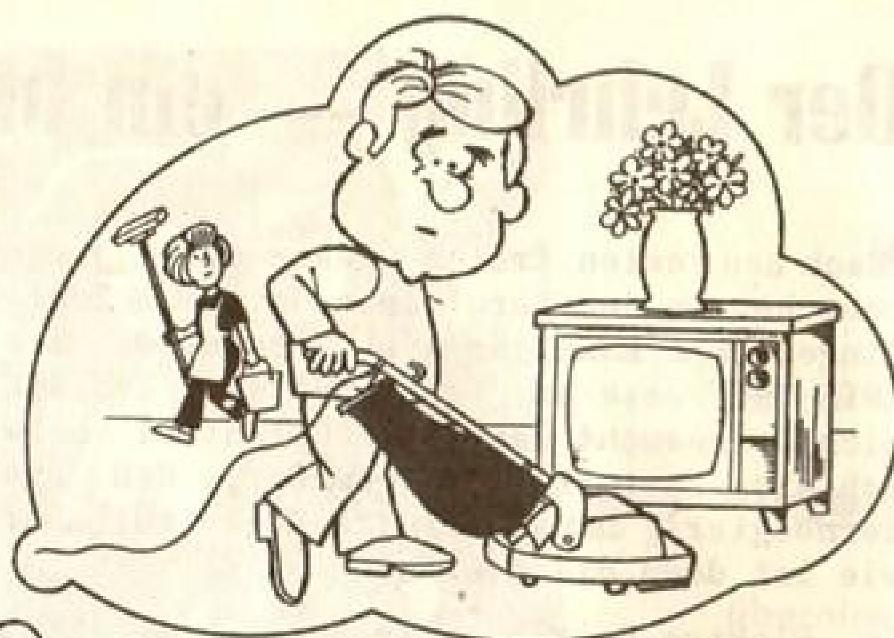
Diskussionen jeweils am Freitag ab 20 Uhr

Telefon 33 87 774

Menschen, viel Profit für den Betrieb, weil der Lehrling eine Zeitlang doch einen höher bezahlten Hilfsarbeiter ersetzt hat.

Vollkommen uninformiert sind die Lehrlinge über ihre Rechte, besonders in den kleineren Betrieben. Welche Pflichten er gegenüber dem "Lehrherrn" hat, wird ihm jedoch vom ersten Tag an eingetrichtert.

Oft arbeiten Lehrlinge unter unzumutbaren Bedingungen, was immer wieder zu Arbeitsunfällen führt. Rücksicht auf die körperliche Leistungsfähigkeit des Lehrlings wird in den seltesten Fällen genommen, die dadurch erlittenen Körperschäden schleppt der Lehrling dann sein Leben lang



mit. Lehnt er einmal wirklich eine Arbeit ab, wird er sofort als Faulpelz abgestempelt.



Mit der Masche, "daß ein junger Mensch doch auch etwas leisten könne", versucht der Betriebsinhaber gerne den Ehrgeiz des Lehrlings zu wecken. Beißt sich so einer durch alle Unannehmlichkeiten, kann er am Ende aber nur feststellen, daß er zwar geschuftet und geleistet hat wie ein Geselle, bei der Entlohnung aber keine Gleichheit herrscht.

Was am Beginn der Lehrzeit noch mit so manchen Erwartungen in Angriff genommen wurde, endet entweder vorzeitig oder bei der Gesellenprüfung stellt sich heraus, daß "der Lehrling den Anforderungen der Prüfung nicht entspricht", daß er nur als "angelernter Arbeiter" gilt. Denn die kommen weit billiger. Die Durchfallsrate bei den Prüfungen ist hoch und steigt weiter.

Deswegen kann ein Lehrling nie früh genug anfangen, über sein Lehrlingsdasein nachzudenken. Es ist ein Dasein, das vom Verhältnis Herr und Knecht geprägt ist, dem im kapitalistischen System ja alle arbeitenden Menschen ausgesetzt sind. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, dieses Verhältnis durch den Sturz der Kapitalisten zu beenden. Die Lehrlinge gehören zur Arbeiterklasse und müssen deshalb ebenfalls den Kampf gegen die Kapitalisten führen.

Das heißt zuerst nachdenken, die Zusammenhänge, Freunde und Feinde erkennen, dann sich zusammenschließen, organisieren und den Kampf aufnehmen.

Den Weg, wie sich die Arbeiterklasse von der Fessel des Kapitalismus befreien kann, weist der Marxismus-Leninismus. Diesen Wegweiser müssen auch schon die Lehrlinge studieren. Damit erhalten sie die schärfste Waffe zur praktischen Anwendung gegen Lehrherrendiktatur und Willkür an den Berufsschulen. ●

- O Ich abonniere „für die volksmacht", das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark, Einzelpreis S 3,–) zum Preis von S 30,–.
- O Ich abonniere die „rote garde", die Zeitschrift der revolutionären Jugend (erscheint jährlich zehnmal, meist 14 Seiten stark, Einzelpreis S 3,–) zum Preis von S 24,–.
- O Senden Sie mir ein Probeexemplar der Zeitschrift „für die volksmacht".
- O Senden Sie mir ein Probeexemplar der Jugendzeitschrift „rote garde".

Gewünschtes bitte ankreuzen.

Name:

Anschrift:

Reaktionäre Urlaute im Gymnasium

Der Direktor des BRG XX (Unterberggasse) wendet, trotz des Protests vieler Eltern und Schüler, weiterhin Scharfmachermethoden an. Repressalien gegen alles und jeden, der nur im geringsten fortschrittliche Gedanken hegt. Fortschrittliche Schüler werden auf Grund einer anonymen Bombendrohung als "Bombenleger" verteufelt, weil so der Direktor hofft, die Eltern gegen die revolutionären Schüler aufhetzen zu können. Das ganze System der Unterdrückung jeder Redefreiheit und der Einschüchterung, das an der Unterbergschule herrscht, kann in älteren Menschen die Erinnerung wach werden lassen an die Zeit, als sie während des grünen oder braunen Faschismus selbst in die Schule gingen.

Zum Schulbeginn waren die Zeitungen seitenweise voll mit dem, was im Zuge der "Reformierung des Schulwesens" alles an "Rechten" für die Schüler - vor allem der höheren Schulstufen - eingeführt werde. Es war dies offensichtlich ein Manöver, um zwischen den Schülern und den meisten Eltern sowie den älteren Menschen eine Kluft aufzureißen. "Was die Schüler heute nur alles wollen, wir haben das nicht gehabt und haben auch gelernt", konnte man nicht selten hören.

Dieses "Kluft aufreißen" war ein äußerst geschickter Schachzug der Schulbehörde als verlängerter Arm der Kapitalistenklasse. Die Herrschenden wissen nämlich, daß der Widerspruchsgeist gegen die im allgemeinen immer verheerender werdenden Zustände der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gerade unter der Jugend besonders stark wächst. Man will daher bei der älteren Generation die Masche an den Mann bringen, daß es "uns noch nie so gut gegangen sei, wie jetzt", damit die älteren Menschen der Jugend den "Kopf zurecht setzen". Dies und nichts anderes war der Sinn der Berichterstattung über den "Fortschritt der Schulreform", den es gar nicht gibt.

Denn die Praxis am BRG XX zeigt deutlich, wie die Wirklichkeit aussieht: Fortschrittliche Schüler sollen aus der Schule hinausgeworfen werden, weil sie gegen den Kolonialismus auftraten, weil sie sich gegen die Beschneidung der Rede- und Meinungsfreiheit und die Verbreitung faschistischen Gedankenguts wehrten. Aber Jugendliche mit Nazi-Geist dürfen tun und lassen, was sie wollen. Und der Direktor versucht mit einer "Bombendrohung" die Hysterie gegen die fortschrittlichen



„Was, Müller, haben Sie an der Methode meines Geschichtsunterrichtes auszusetzen?"

Schüler anzuheizen. Seit der anonymen Bombendrohung, die angeblich vom marxistisch-leninistischen Roten Schülerbund stammen soll (diese Verleumdung ließ Direktor Klimpt sogar jeden Schüler ins Mitteilungsheft schreiben, um die Eltern aufzubringen), geht es an der Schule zu wie in einer Strafanstalt. Schüler und Eltern durften die Schule nur nach einer Ausweiskontrolle betreten, die Schüler wurden nach "verdächtigen Gegenständen" durchsucht und mit der Bespitzelung durch die Staatspolizei gedroht. Es ist anzunehmen, daß auch der Unterrichtsminister Sinowatz über diese Zustände Bescheid weiß. Aber der redet nur von der "Reform" und negiert die Verfolgung fortschrittlicher Schüler vollständig. Damit zeigt sich aber ganz klar, wie "ernst" es die SP-Regierung und die Schulbürokratie tatsächlich mit den "Rechten" der Schüler meinen.

Die Praxis am BRG XX ist keine Sache, die nur Schüler betrifft. Die Wiederherstellung der Rechte der diskriminierten Schüler ist eine Sache, die alle Menschen, welche an dieser Schule Kinder gehabt haben, haben oder haben werden, eine Angelegenheit, die alle arbeitenden Menschen angeht. Die Scharfmachermethoden am BRG XX, die Erziehung der Schüler in einem elitären und arbeiterfeindlichen Kastengeist

usw. sind etwas, was die arbeitenden Menschen nicht dulden können und auch nicht dulden dürfen. Es hat gar keinen Sinn, irgendwelche Hoffnungen auf einen Minister Sinowatz zu setzen, sondern solche Zustände sind nur zu bekämpfen, wenn sich die arbeitenden Menschen selbst aktiv und entschlossen dagegen einsetzen.

Wird das nicht erkannt, so läßt man einer Entwicklung freien Lauf, die für das ganze österreichische Volk größtes Unheil heraufbeschwört. Die Anzeichen dieser Entwicklung sind überall zu sehen. Im Bundesheer sterben Soldaten an einem Drill, der ihren Hirnen sklavischen Gehorsam einhämmern soll. In den Betrieben mehren sich die Sanktionen gegen Arbeiter, die entschieden und richtig für Arbeiterinteressen eintreten. Und diese Sanktionen finden, wie das Beispiel Hukla zeigt, die volle Billigung der Gewerkschaftsführung. Und obwohl Kreisky dafür eintritt, daß im Verwaltungsapparat "gespart" werden soll, sagt er klipp und klar: Bei der Exekutive, bei Polizei, Gendarmerie und Heer nicht, denn diese sollen Österreich erhalten, wie es ist.

Es ist dies aber ein Österreich, in dem die herrschende Klasse sich darauf vorbereitet, ihre Herrschaft und ihre Riesenprofite mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, auf Kosten der arbeitenden Menschen und ohne Rücksicht auf sie.

Wenn wir aus der Vergangenheit gelernt haben, dann müssen wir uns zu Maßnahmen gegen diese Entwicklung entschließen. Im Falle der Schüler des BRG XX heißt das, daß ein Empörungssturm die Absetzung des Direktors und die Wiederherstellung der Rechte der Schüler erzwingen muß. Im allgemeinen Sinn heißt das, daß gegen alle Diskriminierungsmaßnahmen gegen Arbeiter, die für ihre Interessen eintreten, ein entschiedener, solidarischer Kampf geführt werden muß.

Das heißt aber vor allem, daß man die entscheidende Lehre zieht: Die arbeitenden Menschen müssen sich zum organisierten Kampf zusammenfinden. Dazu brauchen sie aber eine organisatorisch geschlossene, politisch einheitliche und auf der Basis des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen fußende revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Auf die Schaffung dieser Partei hinzuarbeiten, das ist heute notwendiger denn je. ●



Ein Leserbrief

Ich habe jetzt mehrmals an Diskussionen zwischen Leuten teilgenommen, die sich "progressiv" und "fortschrittlich" nennen. Anfangs hat mir das gar nicht so schlecht gefallen. Aber bald bin ich daraufgekommen, daß hinter dem Gerede dieser Leute überhaupt nichts Fortschrittliches oder Revolutionäres steckt. Sie zitieren zwar ständig Aussprüche marxistischer Klassiker, begreifen können sie den wissenschaftlichen Sozialismus aber überhaupt nicht.

Zuerst einmal sind sie der Ansicht, daß die Arbeiter die marxistische Theorie gar nicht begreifen können. Das deshalb, weil ihre bisherigen Gespräche mit Arbeitern dies bewiesen hätten. Mein Einwand, daß diese Gespräche vielleicht abstrakt geführt worden seien und nicht auf die Praxis des täglichen Lebens eines österreichischen Arbeiters Bezug genommen hätten, wurde großzügig überhört. Für sie sind die Arbeiter ganz einfach noch nicht "reif" für ein richtiges politisches Verständnis. Herausgekommen ist letzten Endes, daß man schon ein "Intellektueller" sein muß, um "die Entwicklung zu sehen".

Da habe ich dann gefragt, wie sie zu den marxistisch-leninistischen Studentengruppen stehen? Die müßten ja genug geistigen Reifegrad haben, um sich in der Sprache meiner Diskussionspartner auszudrücken. Nun, in den Augen dieser Besserwisser sind diese Studenten "nur Fanatiker, die ihr politisches Auftreten nur als Ersatz für private Mißerfolge betreiben". Letzten Endes ergaben sie sich dann ihrem Katzenjammer, daß "nichts zu machen" sei, weil Leute mit ihrem "Verständnis" eben dünn gesät sind. Das ist aber nichts anderes als ein Alibi, eine Ausrede für die letzten Endes bürgerliche Inaktivität dieser Leute. Eines Tages werden sie voll in den kapitalistischen Staat integriert sein, gute Werkzeuge der Ausbeuter und Unterdrücker. Das habe ich ihnen auch gesagt. Sie waren darüber nicht einmal beleidigt.

F. P., Wien ●



Die Stunde der Wahrheit

verhinderte das gefährliche Abenteuer eines Größenwahnsinnigen: General Ioannidis plante den Zweifrontenkrieg gegen die Türkei und Albanien

Mitte Juli 1974 war die Welt der starken Männer noch in Ordnung. In den klimatisierten Räumen der Athener Regierungsgebäude räkelten sich die Mitglieder der Militärjunta, und auch die freiheitsliebenden Griechen befanden sich dort, wo sie rechtens hingehörten, nämlich in Gefängnissen und auf KZ-Inseln. Es war also, wie gesagt, alles in schönster Ordnung, nur eine Kleinigkeit störte noch die faschistische Friedhofsruhe. Diese Kleinigkeit hieß Zypern, war ein unabhängiger Inselstaat und lag 800 Kilometer von Griechenland entfernt im Mittelmeer. Und störend war Zypern deshalb, weil dort neben 100 000 Türken mehr als 500 000 Griechen lebten, welche sich bislang der Umarmung der Athener Führer entzogen hatten. Die Führer versuchten darum Zypern heim ins Reich zu holen, indem sie den rechten Flügel der

Flugblätter aus der Zeit des Widerstandes gegen die Junta

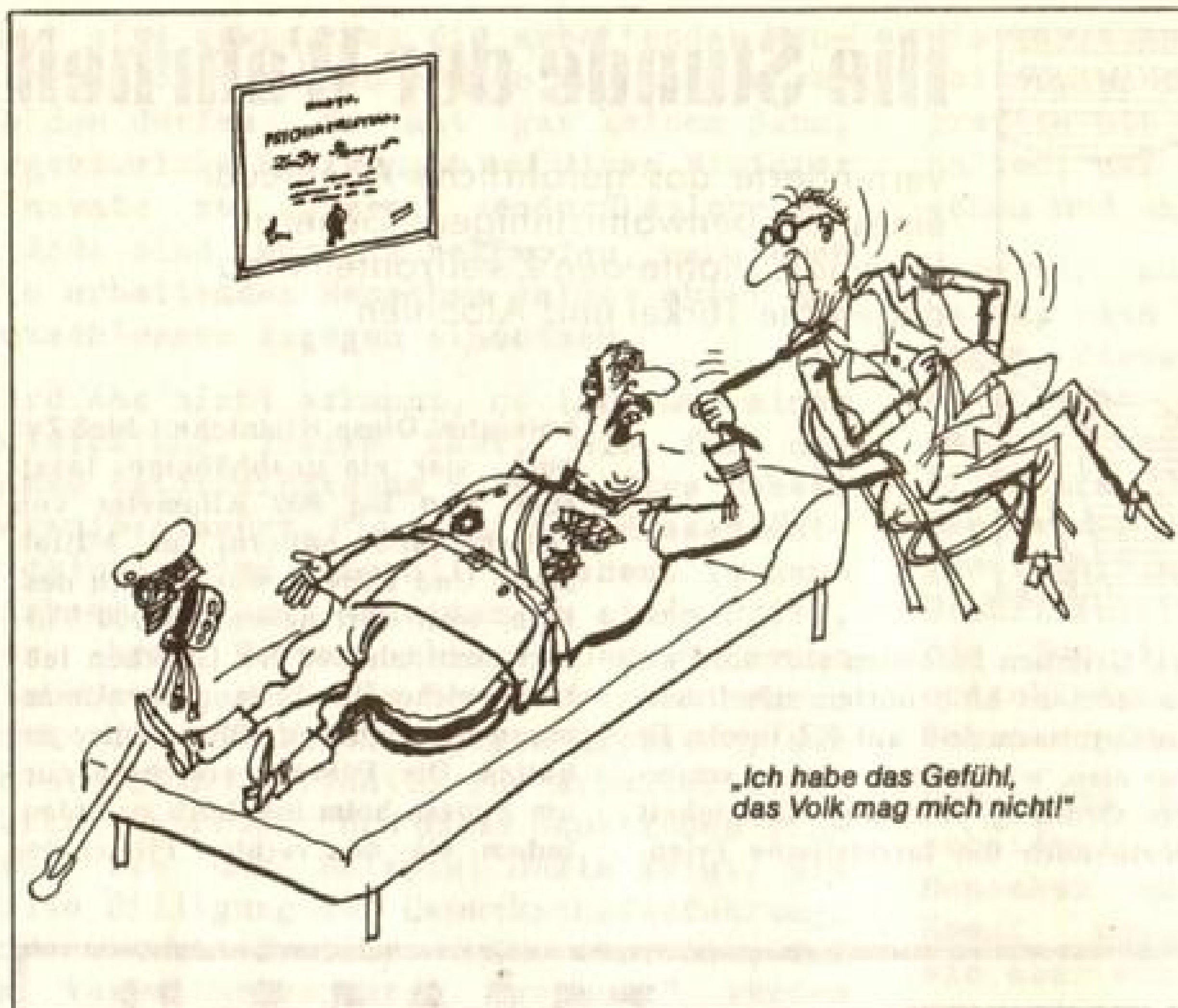


ΕΛΛΑΔΑ Η
ΠΡΩΤΗ ΔΗΜΟ
ΚΡΑΤΙΑ ΤΗΣ
ΕΥΡΩΠΗΣ ΣΗ
ΜΕΡΑ Η ΠΙΟ Α
ΠΑΝΘΡΩΠΗ
ΔΙΚΤΑΤΟΡΙΑ ΚΑΤΩ
Η ΔΙΚΤΑΤΟΡΙΑ

Griechenland war Europas älteste Demokratie. Griechenland ist heute Europas brutalste Diktatur. Nieder mit der Diktatur!

ΔΙΚΤΑΤΟΡΙΑ
ΣΗΜΑΙΝΕΙ ΣΚΛΑΒΙΑ
ΟΜΑΔΙΚΕΣ ΣΥΛΛΗΨΕΙΣ
ΒΑΣΑΝΙΣΤΗΡΙΑ
ΛΕΥΤΕΡΙΑ ΣΤΟΥΣ
ΠΟΛΙΤΙΚΟΥΣ ΚΡΑΤΟΥΜΕΝΟΥΣ

Diktatur bedeutet Unfreiheit, Massenverhaftungen, Folter. Freiheit für alle politischen Gefangenen!



„Ich habe das Gefühl, das Volk mag mich nicht!"

zyprischen Nationalgarde zum Putsch gegen den gewählten Präsidenten Makarios ermunterten. Zunächst schien der Putsch auch ein voller Erfolg zu werden, jedoch am 20. Juli (schon seit genau 30 Jahren ein heikles Datum für Faschisten) besetzte die türkische Armee ihrerseits Teile der Insel.

Damit hatten die zwar starken, aber ein bisserl weltfremden Männer allerdings nicht gerechnet. Es ist unbekannt, was sich an jenem denkwürdigen Tag in Athen alles abgespielt hat, doch den wenigen durchgesickerten Berichten zufolge soll der stärkste der starken Männer, Brigadier Ioannidis, vor einer Generalsrunde mit der Faust auf den Tisch gehauen und erklärt haben: „Von diesem Augenblick an herrscht Krieg!"

Und weil sich zur Weltfremdheit gern der Größenwahn hinzugesellt, darum wollte der Brigadier nicht nur der Türkei, sondern in einem Aufwaschen auch gleich Albanien den Krieg erklären. Ioannidis der Starke stammt nämlich aus Epirus, südlich von Albanien. Sein Steckenpferd ist daher die „Befreiung" jener griechischsprachigen Minderheit, die jenseits der Grenze in Südalbanien lebt.

Der Juntaführer hätte wahrscheinlich gestaunt, wie schnell seine Truppen aus „Nordepirus" wieder draußen gewesen wären. Daß das gefährliche Abenteuer aber gar nicht erst stattfand, das lag an dem — glücklicherweise — jämmerlichen Zustand, in dem sich die griechische Armee nach sieben Jahren Militärherrschaft befand. Die Generalsrunde hatte ihrem Chef in der Stunde der Wahrheit allerhand zu beichten: Die Armee hatte gar keinen Operationsplan gegen die Türkei, sie hatte zuwenig Munition, sie hatte zuwenig Treibstoff, sie hatte keine einsatzfähigen Kampfflugzeuge; sogar die Haftminen, mit denen Froschmänner Feindschiffe versenken sollten, fehlten.

Diese Schlappe konnte die vom Volk gehaßte, vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehende und nun auch untereinander zerstrittene Junta nicht mehr verkraften, sie löste sich ganz einfach auf und die Herren Offiziere kehrten aus den Athener Ministerien wieder in ihre Kasernen zurück. Ein Teil von ihnen ließ sich inzwischen mehr oder weniger freiwillig pensionieren — hoffentlich für immer und nicht nur bis zum nächsten Putsch. ●

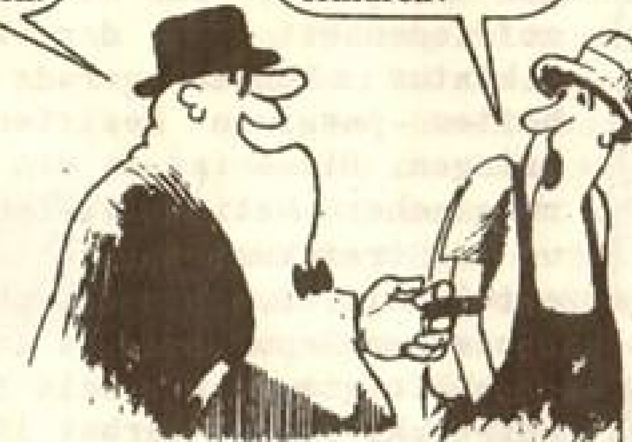
Das neue russische Arbeitsgesetz:

Ein Fußtritt für den Arbeiter

„Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie". Diese Feststellung, die Mao Tsetung 1964 machte, trifft voll und ganz zu. Tatsächlich herrscht in der revisionistisch entarteten Sowjetunion eine Diktatur des Großkapitals, der bürokratischen Kapitalisten, die um nichts der Diktatur eines Hitler nachsteht. In den letzten Jahren haben die Kreml-Machthaber die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Sowjetunion noch verstärkt. Eine ganze Reihe von reaktionären Maßnahmen sollen die faschistische Gewaltherrschaft absichern.

Breschnjew wies in seinem Bericht an den 24. Parteitag der "K"PdSU auf die besondere Bedeutung von "Maßnahmen zur Festigung der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung" hin. Gleichzeitig erklärte er auch, der Staatssicherheitsdienst sei durch "politisch reife (d.h. im Geiste der revisionistischen Diktatur erzogene) Kader verstärkt worden". Welche Maßnahmen wurden nun ergriffen, um die volksfeindliche "Gesetzlichkeit und Rechtsordnung" Rußlands zu festigen?

Es finden sich unter den zahlreichen Verordnungen, Gesetzen und Beschlüssen solche wie die "Verordnung über die administrative Kontrolle der aus dem Gefängnis Entlassenen durch die Polizei", die "Resolution über die Erziehung im Sinne der sozialistischen Arbeitsdisziplin", das neue russische Arbeitsgesetz und die "Verfügung über die vorläufige Verhaftung". Letztere rechtfertigt die Vornahme von Verhaftungen unter dem Vorwand eines bloßen Verdachts. Der Betreffende kann, wenn er Widerstand leistet, gefesselt bzw. in Zwangsjacken gesteckt und sogar erschossen werden. Andere Verordnungen richten sich gegen politische Häftlinge und sogenannten "Aufruhr".





Ein Kernstück der revisionistischen Unterdrückungsmaßnahmen im Betrieb ist das Arbeitsgesetz, welches 1970 eingeführt worden ist. Damals berichtete die "Sowjetunion heute" darüber: "Im Gesetz werden in engem Zusammenhang Maßnahmen zur Förderung erfolgreicher Arbeit und Maßnahmen zur Bestrafung wegen Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin behandelt. Die hohe Diszipliniertheit und die gewissenhafte Erfüllung der Arbeitsfunktion geben den Ausschlag, wenn über soziale und kulturelle Maßnahmen und die Wohnungszuteilung sowie auch über die berufliche Förderung entschieden wird." Das heißt nichts anderes als: Wer sich nicht widerspruchslos der revisionistischen Herrschaft unterwirft, der bekommt keine Wohnung, muß berufliche Nachteile hinnehmen usw. Auf der anderen Seite spekulieren die revisionistischen Machthaber auf den Egoismus, um die Klassensolidaridät zu untergraben und sich Menschen heranzuerziehen, die um des eigenen Vorteils willen ihre Kollegen im Stich lassen, anschwärzen oder ihnen in den Rücken fallen.

Zur Durchsetzung der Arbeitsgesetzgebung gegenüber der Arbeiterklasse wurden in den Betrieben eigene Juristen eingesetzt, welche den Betriebsleitungen beratend zur Seite stehen sollen. Gegen klassenbewußte Arbeiter können von "Disziplinarkommissionen" oder "Kameradschaftsgerichten" verschiedene Strafen verhängt werden. Da gibt es z.B. Versetzung auf minderbezahlte Arbeit "aus erzieherischen Gründen"; Entziehung von Prämien (diese betragen zwischen einem Zehntel und der Hälfte des normalen Lohnes); Schikanen aller Art (z.B. muß der Betroffene sich seinen Lohn an einer speziellen "Kasse für Säufer und Bummelanten" holen); weiters kein Urlaub im Sommer, keine Ferienschecks für Erholungsheime usw. "Besonders Böswillige" werden entlassen.

Aus unserer kapitalistischen Praxis in Österreich wissen wir aber, daß in den Augen des Unternehmers oder eines Betriebsmanagers solche Arbeiter als "böswillig" bezeichnet werden, die für ihre Interessen und Rechte eintreten. Unzählige Male schon wurden aufrechte Betriebsräte unter dem Vorwand entlassen, sie seien "Säufer" oder kämen ihrer "Pflicht gegenüber dem Betrieb nicht nach". Und in den Hitler-Konzentrationslagern starben unzählige Kommunisten, Sozialisten oder Parteilose, die als "Asoziale" dorthin gebracht wurden. Tatsächlich liefern solche Bezeichnungen der herrschenden Klasse immer nur den Vorwand, um sich jener Arbeiter zu entledigen, die für ihre Interessen eintreten. Die Notwendigkeit der Einführung eines solchen "Arbeitsgesetzes" in Rußland zu einem Zeitpunkt, wo die dortigen Machthaber und ihre Papageien in der "K"PÖ von einer "machtvollen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft" reden, zeigt, daß das nicht stimmen kann und auch nicht stimmt. Dieses Gesetz dient einzig und allein der Unterdrückung der Arbeiter.

Ein Publizist der russischen Nachrichten-Agentur "Nowosti" schreibt, es werde in der Sowjetunion in der letzten Zeit ein verstärkter Kampf gegen "Arbeitsbummelanten und andere Verletzer der Arbeitsdisziplin geführt. Häufiger als vorher kamen ihnen gegenüber Entlassungen zur Anwendung." (Broschüre über die sowjetische Lebensweise: "Ein Geheimnis des 'russischen Wunders'", Seite 51.)





Der Grund, warum verstärkt gegen sogenannte "Bummelanten und Faulenzer" vorgegangen wird, ist, daß die Arbeiter ihre Unzufriedenheit mit der kapitalistischen Diktatur in Rußland gerade in einer massenhaften passiven Resistenz zum Ausdruck bringen. Diese ist in den Gebieten nichtrussischer Nationalitäten sowie dort, wo es Streikkämpfe gegeben hat, besonders entwickelt. Z. B. blieben 1973 in der Moldauischen Republik bis zu 60 Prozent der Beschäftigten der Arbeit fern. In Dnjepropetrowsk, wo im Herbst 1972 ein Massenstreik stattgefunden hat, blieben das ganze darauffolgende Jahr konstant 20 bis 30 Prozent der Arbeiter zu Hause. Allein 1972 gingen durch diese Form des Massenwiderstandes in der ganzen Sowjetunion 59 Millionen Arbeitstage verloren, was die russische Wirtschaft schwer angeschlagen hat. Es ist deshalb kein Wunder, wenn die Revisionisten geifern, daß "Strenge geboten" sei.

Die Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse in der Sowjetunion durch eine privilegierte Schicht bürokratischer Kapitalisten beweist die Voraussicht von Friedrich Engels, der im "Anti-Dühring" feststellte, daß das Staatseigentum an den Produktionsmitteln den Kapitalismus nicht aufhebe, sondern die Klassenwidersprüche, die Ausbeutung, Willkür usw. auf die Spitze treibe. Entscheidend ist nämlich, wer die Macht darüber ausübt. Seit Chruschtschow ist aber in der Sowjetunion der Arbeiterklasse die Macht entrissen worden und auf eine Handvoll neuer kapitalistischer Machthaber übergegangen. Sie haben einen staatsmonopolistischen Kapitalismus errichtet, der die höchstmögliche Ausbeutung der arbeitenden Menschen zum Zweck hat.

Ausbeutung und Unterdrückung bringen jedoch unweigerlich den Widerstand der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse hervor. Mit Terror und Repressalien werden die Kreml-Machthaber das Streben der Volksmassen nach Veränderung und Revolution nur noch verstärken.

Ausstellung in Innsbruck:

Volkschina

Wir zeigen etwa 500 Fotos über alle Lebensbereiche im heutigen China, außerdem Dias, Filme, Zeitschriften, Bücher und Schallplatten

Die Ausstellung ist vom 13. bis 20. Oktober 1974 täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet

Kleiner Stadtsaal, Innsbruck, Universitätsstraße

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)



Das alte Lied vom Einzelfall

Noch jedesmal, nachdem ein Bundesheersoldat zu Tode geschliffen wurde, erklärte der Chor der Beschwichtigungshofräte: „Ein bedauerlicher Einzelfall". Wobei die Hofräte allerdings stets nur dann in Aktion zu treten brauchen, wenn's der Führung des Bundesheeres nicht rechtzeitig gelingt, den Fall zu vertuschen. Und der Fall Grosinger war eigentlich schon so gut wie vertuscht. Erinnern wir uns: An einem Julitag wird im Wiener Überschwemmungsgebiet eine Gruppe Soldaten von ihrem Ausbilder schikaniert; etwas ganz Alltägliches also. Und um zum Höhepunkt des Genusses zu kommen, hetzt der uniformierte Sadist schließlich die bereits erschöpften Soldaten durchs hüfthohe Wasser der Stürzllacke. Doch da macht der Soldat Grosinger etwas Nichtalltägliches. Er schreit plötzlich auf, versinkt in der schmutzigen Brühe und ertrinkt. Tage später behauptet irgendein militärischer Dr. Eisenbart, Grosinger sei nicht von seinem Ausbilder fertiggemacht worden, sondern habe an einem „angeborenen Herzfehler" gelitten — was von ernstzunehmenden Ärzten inzwischen widerlegt wurde. Trotzdem hätte kein Hahn mehr nach Grosinger, dem Sohn einfacher Leute, gekräht, wäre die ganze Sache nicht drei Wochen später durch den ähnlich gelagerten Fall Wandl erneut aufgerührt worden.

Mit Kurt Wandl, dem am 14. August 1974 in Krems-Mautern zu Tode geschundenen Rekruten, hatte die BH-Führung nämlich Pech. Erstens war Mandl Maturant, weshalb die Presse seinen Fall etwas kritischer prüfte, und zweitens ließ sich Wandls Vater keine Unfall-Theorie einreden, sondern zeigte den Ausbilder Wallechner an und bezichtigte mehrere Offiziere öffentlich des Vertuschungsversuches. Daraufhin blieb den Feldherren im Verteidigungsministerium nur noch der strategische Rückzug offen und sie opferten den Stabswachtmeister Wallechner als angeblich allein Schuldigen der Volkswut. Er, der Schleifer von Mautern, er, der Wandl in den Tod getrieben hatte, wurde vom Dienst suspendiert und zum „Einzelfall" gestempelt. Aber ein Einzelfall, ist er das wirklich? Gibt's nicht noch Tausende Wallechners im Bundesheer, lauter ebensolche „Radfahrer"-Typen, die sich nach oben bücken und nach unten treten?

Gewiß, der Tod von Grosinger und Wandl war nicht beabsichtigt und kam den Militärs höchst ungelegen. (Wochenlang traute sich das Kaderpersonal nicht in Uniform auf die Straße, aus Angst, von der aufgebrachten Bevölkerung beschimpft zu werden.) Sehr wohl beabsichtigt und verlangt ist jedoch der Kadavergehorsam, denn denkende Soldaten sind nach wie vor unerwünscht, und das vielzitierte Beschwerderecht steht bekanntlich nur am Papier. Um ein altes Sprichwort abzuwandeln: Der Soldat überlasse das Denken den Pferden im Ministerium, denn die haben den größeren (Wasser-)Kopf dazu.

Daß die Führung nicht an denkenden, sondern nur an kuschenden Soldaten interessiert ist, das erklärt sich aus der Tatsache, daß das Bundesheer heute noch genauso wie früher nicht gegen einen Feind von außen, sondern nur gegen das eigene Volk gerüstet wird. Wenn am Tag X der Befehl kommt, auf österreichische Arbeiter zu schießen, dann wären denkende Soldaten hinderlich. Nur mit „Radfahrern" und willenlosen Rekruten wird das Bürgerkriegsheer auch künftighin so funktionieren wie am 12. Februar 1934.

